

Der Zwei-Zonen-Wirtschaftsrat

ein Schritt zur Zerreißung Deutschlands

In einer Beratung des zentralen Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD, an der die Vertreter der SED beziehungsweise KPD aus allen Besatzungszonen teilnahmen, wurde folgende Stellungnahme zur Bildung des Zwei-Zonen-Wirtschaftsrates beschlossen:

Im Dezember 1946 wurde zwischen der amerikanischen und der englischen Regierung in New York die Verschmelzung der beiden westlichen Besatzungszonen vereinbart und das Zwei-Zonen-Abkommen abgeschlossen. Diese Vereinbarung der Besatzungsmächte hat keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen vermocht, sondern zur Verschärfung der Wirtschafts- und Ernährungskrise in der englischen und amerikanischen Besatzungszone beigetragen. Trotz dieser Auswirkungen des Zwei-Zonen-Abkommens haben die zwei Besatzungsmächte die Bildung eines Zwei-Zonen-Wirtschaftsrates befohlen.

Die Bildung dieses Zwei-Zonen-Wirtschaftsrates bedeutet die Schaffung eines autoritären Organs, das von der Militärregierung eingesetzt ist und das Gesetzgebungsrecht der demokratisch gewählten Landtage ausschaltet. Auch die Schaffung der sogenannten Ländervertretungen im Zwei-Zonen-Wirtschaftsrat vermag daran nichts zu ändern, denn sie dient lediglich der Stärkung des föderalistischen Prinzips.

In der Verfügung über die Bildung des Zwei-Zonen-Wirtschaftsrates wird mit keinem Wort von der Bodenreform, von der Enteignung der Konzerne sowie der Betriebe, deren Besitzer aktive Nazis und Kriegsverbrecher waren, gesprochen. Die Vereinbarungen der bisherigen Konferenzen der Alliierten über die Entnazifizierung und Entmilitarisierung, die sich auch auf die Wirtschaftsorgane beziehen, sind außer acht gelassen. Von einem Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften, das unerlblich ist für die Entwicklung der Wirtschaft, ist mit keinem Wort die Rede.

Die reaktionäre Wirtschafts- und Staatsbrokratie im Zwei-Zonen-